

AKWs sofort abschalten!

Atommafia entmachten!



Was die Anti-Atomkraftbewegung immer befürchtet und wogegen sie seit Jahrzehnten kämpft, ist erneut eingetreten. 25 Jahre nach dem schrecklichen Atomunfall in Tschernobyl fliegen in Japan gleich mehrere Atomkraftwerke in die Luft. Das Ausmaß dieser atomaren Katastrophe ist noch völlig unklar, aber es ist immens. Hauptleidtragende sind nicht die Manager von Atomkraftwerken und nicht die Atom-Politiker, sondern die Masse der Bevölkerung. Am härtesten trifft es die Bedienermannschaften, die bei ihrem verzweifelten Versuch, den Schaden zu begrenzen, radioaktiv verstrahlt wurden.

Atomkraftwerke plus?

Die gleichen Politiker die bei Stuttgart 21 die Gefährdung der Mineralquellen, Sicherheitsprobleme im unterirdischen Schrägbahnhof oder in den Tunnels ausschließen, haben ein Unglück wie in Japan immer ausgeschlossen.

Die Reaktion von Mappus, Gönner und Merkel auf die atomare Katastrophe kommt uns bekannt vor. Sie erinnert an die Zeit nach dem „Schwarzen Donnerstag“. Wenn der Volkszorn hochkocht, wird nicht

heißt jetzt „Sicherheitsprüfung ohne Tabu“. Mappus erklärte, es gehe darum, „maximale Sicherheitsanforderungen zu demonstrieren“. Das heißt, zusammen mit den Atomexperten aus der Atomlobby weitere kriminelle Energie aufbringen, um neue Lügen aufzutischen. Am Ende werden selbst alte Reaktoren wie Philippsburg I für durchgecheckt und sicher erklärt und dürfen wieder ans Netz. Ein solches (Wahlkampf)Manöver des Lügenpacks Mappus, Gönner, Merkel und Co. müssen wir verhindern.



Atomkraftwerke sind todsicher

Als vor 25 Jahren ein Reaktor in Tschernobyl in die Luft flog, behauptete die Atommafia, Schuld daran wäre der russische Schlendrian und die Staatswirtschaft. Japan ist das technologisch am höchsten entwickelte kapitalistische Industrieland. Japanische AKWs erheben den Anspruch höchster Sicherheitsstandards, erdbebensicherer Bauweise und automatischer Schnellabschaltung. In jedem der 443 weltweit in Betrieb befindlichen Reaktoren kann sich jederzeit ein ähnlicher Unfall wiederholen. Und auch im Normalbetrieb ist jedes AKW eine Bedrohung für Mensch und Umwelt, weil sie ständig radioaktive Strahlung abgeben und weil sie Atommüll produzieren, der hunderttausende von Jahren vor sich hinstrahlt und für den es keine sichere Endlagerung gibt.

Sofortige Abschaltung aller AKWs

„Ohne Atomstrom gehen die Lichter aus“. Diese alte Behauptung wird mit der „Brückentechnologie“-Theorie neu aufge-

tischt. In Japan sind jetzt aufgrund des Unfalls mindestens eine Millionen Haushalte und mehrere Betriebe ohne Strom. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und die technischen Möglichkeiten, aus erneuerbaren Energien den Weltenergiebedarf zu decken, sind längst bekannt. Eine Solaranlage ist in drei Tagen und ein Windrad in drei Monaten installiert. Durch Wärmedämmung von Gebäuden und andere Maßnahmen könnten Unmengen von Heizenergie eingespart werden. Die Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKWs ist völlig realistisch.

Atomstrom ist zu teuer

Hinter dem Weiterbetrieb der AKWs stecken die Profitinteressen der Energiekonzerne. Die Landesbank Baden Württemberg hat errechnet, dass eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre den Stromkonzernen 77 Milliarden absoluten Zusatzgewinn brächte. 17,1 Milliarden entfallen davon auf die EnBW. Atomstrom ist nicht nur gefährlich, sondern auch die teuerste Art der Energiegewinnung. Dabei bezahlen wir nur einen Bruchteil über die Stromrechnung. Über Steuern haben wir für Atomenergie in den letzten Jahrzehnten 258 Milliarden Euro aufgebracht. Das sind Subventionen für Kernkraftwerke und Lagerstätten, Kosten für Castortransporte. Allein für die Schließung des Atommülllagers Asse werden weitere vier Milliarden Steuergelder veranschlagt. Während die Gewinne aus dem Verkauf des Atomstroms in die Taschen der Konzernmanager und Aktionäre fließen, bezahlt die Allgemeinheit für die Schäden an Gesundheit und Umwelt. Eine Haftung der AKW-Betreiber für Unfälle wie in Japan gibt es nicht. Erneuerbare Energien wären teurer als Atomstrom. Mit dieser Lüge versucht die Atomlobby den Ausstieg zu verhindern und weitere Strompreiserhöhungen zur Sicherung ihrer Profite zu rechtfertigen. Das muss verhindert werden. Die 800.000 Stromabschaltungen wegen Nichtbezahlung von Stromrechnungen müssen sofort zurückgenommen werden.

Umweltministerin und oberste Atom-aufseherin im Land, **Tanja Gönner**, lügt nicht nur bei Stuttgart 21. „Ja die Kernkraftwerke sind sicher“ sagte sie am 14.03.2011 in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung. Wie bei Stuttgart 21 ist sie daran beteiligt Probleme und Panne zu verheimlichen und zu vertuschen. Erst durch Pressehinweise eines Insiders wurde bekannt, dass es 2009 und 2010 im Kernkraftwerk Philippsburg „sicherheitsrelevante Störfälle“ gab. Neckarwestheim I lief laut Greenpeace seit Januar ohne gültige Betriebslaubnis.

die Politik, sondern die Strategie, geändert. Was bei Stuttgart 21 Schlichtung genannt wurde, heißt jetzt „Moratorium“. Was bei Stuttgart 21 der Faktencheck war,

SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info

stuttgart@sav-online.de

Vi.S.d.P. Ursel Beck, Terrorstr. 33, 70374 Stuttgart

Atommafia entmachten

Hinter dem Weiterbetrieb der AKWs stecken nicht nur die Profitinteressen von EnBW, E.on, RWE und Vattenfall. Kapitalverflechtungen und Verfilzungen auf Managementebene zwischen Energiekonzernen und Industriekonzernen sorgen dafür, dass die Großkunden aus der Industrie den Strom inzwischen extrem billig bekommen, während die Stromrechnungen für die privaten Haushalte ständig steigen. Hinter der gemeinsamen Kampagne der Autokonzerne und der EnBW für batterie- bzw. strombetriebene Autos stecken gemeinsame Profitinteressen. Die Deutsche Bahn fährt laut Greenpeace zu 25% mit Atomstrom, den sie aus Neckarwestheim bezieht. Die Bahn ist sogar Anteilseigner des AKW-Kraftwerksbetreibers. Kein Wunder wenn Grube die EnBW bei der Verteidigung des Atomstroms unterstützt. Die EnBW wiederum hat größtes Interesse an dem unterirdischen Bahnhof in Stuttgart. Denn der geplante Kellerbahnhof mit seiner Dauerbeleuchtung, mit vielen Rolltreppen und Aufzügen sowie die Hochgeschwindigkeitszüge sind (Atom)Stromfresser. Es ist kein Zufall, dass Stefan Mappus nicht nur knallharter Befürworter von Stuttgart 21, sondern auch von Atomkraftwerke ist. Mappus steht noch immer auf der Personalliste des Siemenskonzerns. Er ist gewissermaßen an die Politik ausgeliehen um die Profitinteressen von Siemens unterzubringen. Und Siemens baut bekanntlich nicht nur Hochgeschwindigkeitszüge sondern ist

weltweit im Geschäft beim Bau von Atomreaktoren.



Die Energiekonzerne, die Kraftwerksbauer und alle Unternehmen im AKW-Geschäft müssen in Gemeineigentum überführt sowie demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Nur so kann der Umstieg auf erneuerbare Energien, die Dezentralisierung der Energieproduktion und eine Senkung der Energiepreise erreicht werden.

Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab, oder der Kapitalismus schafft die Menschheit ab

Es ist ein sinnloses Unterfangen darauf zu setzen, dass die Atomindustrie und ihre Politiker in den etablierten Parteien jetzt zu einer Umkehr in der Energiepolitik bereit wären. Sie gehen – nicht nur in der Energiepolitik – über Leichen. SPD und Grüne spielen sich zu Rettern der Atomlobby auf, wenn ihnen jetzt nichts anderes einfällt als die Rückkehr zu ihrem „Atomkompromiss“ aus dem Jahr 2000, der eine Restlaufzeit von 30 Jahren und das Hin- und Herschieben von Reststrommengen erlaubt. Die Anti-AKW-Bewegung und der Widerstand gegen Stuttgart 21 müssen zu einer Bewegung zur Entmachtung der

Mafia von Wirtschaftsbossen und korrupten Politikern werden. Die Massen in der arabischen Welt haben zum Mittel der Revolution gegriffen, um sich von ihren Despoten zu befreien. Das ist gut so. Es ist zu hoffen, dass diese Revolutionen weitergehen.

Unsere Stadt – unsere Wasser- und Energie-versorgung!

Die SAV Stuttgart unterstützt das Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung der Wasser- und Energieversorgung und fordert alle auf, sich daran zu beteiligen.

Mehr Infos und Unterschriftenlisten unter www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de

Das weltweite kapitalistische System muss beseitigt werden. Statt Produktion für den Profit brauchen wir Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt. Die SAV ist mit 35 sozialistischen Organisationen in einer internationalen Organisation zusammengeschlossen, um den Sturz des Kapitalismus weltweit zu erkämpfen. Die SAV ist auch Teil der Partei DIE LINKE. Wir rufen zur Wahl der Linken bei den Landtagswahlen auf und setzen uns für eine antikapitalistische Ausrichtung der Linken ein. Zur Landtagswahl haben wir einen eigenen Aufruf verfasst, der auf unserer Homepage veröffentlicht ist.

(<http://www.sozialismus.info/z/2011-02-18-sav-stuttgart-linke-waehlen-kapitalismus-bekaempfen.pdf>).

Dafür steht die SAV:

- ☞ Sofortige Stilllegung aller AKWs
- ☞ Überführung aller Energiekonzerne in Gemeineigentum
- ☞ Entlassung aller Vorstände und Aufsichtsräte der EnBW und aller anderen Energiekonzerne
- ☞ Demokratische Verwaltung und Kontrolle aller Energiekonzerne und Stadtwerke durch demokratisch gewählte Belegschaftsvertreter sowie Vertretern von Verbrauchern und Umweltschutzorganisationen. Diese gewählten Vertreter dürfen nur einen Durchschnittslohn für ihre Tätigkeit bekommen und müssen jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sein.
- ☞ Umstellung der Energieproduktion auf erneuerbare Energie
- ☞ Statt Elektroautos und Individualverkehr, Vorrang für umweltfreundliche Mobilitätstechnologien und öffentlichen Verkehr
- ☞ Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum und Umstellung auf alternative umweltfreundliche Schienen- und andere Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs
- ☞ Kein Stuttgart 21. Keine Hochgeschwindigkeitsstrecke von Wendlingen nach Ulm.
- ☞ Statt Reduzierung der Deutschen Bahn auf Hochgeschwindigkeitsstrecken, massiver Ausbau des Schienennetzes in der Fläche. Atommafia entmachten
- ☞ Keine Arbeitsplatzvernichtung bei der Schließung von AKWs, bei der Rekommunalisierung oder Umstellung auf erneuerbare Energien. Garantierte unbefristete Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigte ohne Lohnverluste und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

140 Jahre Pariser Kommune

Wie sich die Bevölkerung von Paris im Jahr 1871 monatelang selbst regierte.

Veranstaltung mit Theodor Bergmann

Donnerstag, 14. April, 19.00 Uhr

Bad Cannstatt Spreuergasse 45, Eingang Finstermünzgasse